

AKTUELL

ARGUMENTE ZU MIGRATION UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

PEGIDA ODER DIE MÄR VOM UNTERGANG DES ABENDLANDES

In den letzten Wochen haben ausländer- und fremdenfeindliche Proteste stark zugenommen. Besondere Schlagzeilen machen dabei die Demonstrationen der „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) in Dresden sowie Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen – bis hin zu Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime, wie am 12. Dezember im mittelfränkischen Vorrä geschehen.

Sigmar Gabriel in der BILD vom 17.12.2014:

„Es gibt Neonazis und Radikale unter den Protestlern, von denen müssen wir uns glasklar abgrenzen. Stimmungsmache gegen Minderheiten, die sich dann auch in Gewalt entladen kann, dürfen wir nicht hinnehmen. Aber es gibt eben auch viele, die verunsichert sind und mitlaufen, weil sie sich mit ihren diffusen Ängsten vor einer Überfremdung nicht ernst genommen fühlen von der Politik. Auf diese Menschen müssen wir zugehen, ohne es an Klarheit in der Auseinandersetzung fehlen zu lassen.“

Die Initiatoren der Proteste stammen vorwiegend aus der rechtspopulistischen Szene, inzwischen stoßen aber auch immer mehr Rechtsradikale und Neonazis dazu. Sie versuchen, mit fremdenfeindlichen Parolen und Hass in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Gleichzeitig schüren sie diffuse Ängste vor angeblicher Überfremdung, einer drohenden „Islamisierung“ der Gesellschaft und wirtschaftlichem Abstieg infolge verstärkter Zuwanderung.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Weder droht eine „Islamisierung“ der Gesellschaft, noch nehmen Migrantinnen und Migranten Deutschen Arbeitsplätze weg. Im

Gegenteil: Zuwanderung trägt in hohem Maße zu Deutschlands wirtschaftlicher Stärke bei. Migrantinnen und Migranten arbeiten in vielen Bereichen, in denen deutsche Fachkräfte fehlen, zahlen Steuern und Sozialbeiträge und sorgen damit auch für ein stabiles Rentensystem.

Fakten zur Migration in Deutschland

- **2013 sind 1,2 Millionen Menschen** nach Deutschland eingewandert. Gleichzeitig haben **798.000 Menschen das Land verlassen**. Dies ergibt einen **Bevölkerungszuwachs von 437.000 Menschen**. Angesichts der negativen demografischen Entwicklung und der zunehmenden Alterung ist Deutschland dringend auf diese Einwandererinnen und Einwanderer angewiesen.
- **64 Prozent der Einwanderer stammen aus der Europäischen Union** – nicht aus der Türkei oder den muslimisch geprägten Staaten des Nahen Ostens oder Nordafrikas, wie die Organisatoren der ausländerfeindlichen Proteste immer wieder unterstellen oder wie es PEGIDA als angebliche „Islamisierung“ unseres Abendlandes“ diffamiert.
- **Hauptzuwandererland** ist seit 1996 mit großem Abstand **Polen**; es folgen Rumänien und Italien. In die Türkei wandern seit Jahren mehr Menschen aus, als von dort nach Deutschland einwandern; 2013 lag der Saldo bei minus 4.000.
- Die meisten Migrantinnen und Migranten verfügen

überwiegend über **gute Qualifikationen** und bringen die deutsche Wirtschaft voran. Dies trifft vor allem auch auf Migranten aus Rumänien und Bulgarien zu. Die Unterstellungen, diese Migranten seien „Armutszuwanderer“ und missbrauchten Deutschland als „soziale Hängematte“, sind nicht durch Fakten gedeckt. Gerade bei Rumänen und Bulgaren ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland gestiegen.

- Migration füllt die deutschen Sozialkassen und Haushalte: Pro Jahr zahlt jeder Ausländer im Schnitt **3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben** in Deutschland ein, als er an Transferleistungen erhält.
- Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass haben 2012 insgesamt einen **Überschuss von 22 Milliarden Euro** erarbeitet.
(Quelle: Prof. Dr. Holger Bonin: *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, November 2014)

Fakten zu PEGIDA

Besonders in den Fokus der Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen die ausländerfeindliche Dresdener Protestgruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) geraten, die seit Oktober dieses Jahres regelmäßig wöchentliche „Montags-Demonstrationen“ in Dresden durchführt. Die Zahl der Teilnehmer ist dabei von 500 auf 15.000 Mitte Dezember gestiegen. Ähnlich agierende Organisationen gibt es inzwischen auch in anderen Teilen Deutschlands: DÜGIDA in Düsseldorf, KAGIDA in Kassel BAGIDA in Bayern, OGIDA in Ostfriesland.

Was will PEGIDA?

- ▶ PEGIDA-Anhänger fordern eine strengere Asylpolitik. Sie agitieren gegen das deutsche Asylrecht und diffamieren Asylbewerberinnen und -bewerber als „Wirtschaftsflüchtlinge“, die nur auf den Bezug von Sozialleistungen in Deutschland aus seien und demzufolge keinen Anspruch auf Schutz und Asyl beanspruchen

dürften. Gleichzeitig wettern PEGIDA-Anhänger gegen islamischen Extremismus und vermeintliche Glaubenskriege auf deutschem Boden.

- ▶ Der Haupt-Slogan von PEGIDA „*Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden*“ und der Text auf der Homepage „*Es muss für uns wieder normal sein, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen! Gegen Antipatriotismus!*“ werden auch von Anhängern anderer nationalistischer, populistischer bis hin zu rechtsradikalen Gruppierungen geteilt.
- ▶ Mit ihren Parolen greift PEGIDA bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitete „Stammtisch-Feindbilder“ auf: „korrupte“ Politiker und Eliten, die nur für sich selbst sorgen, eine Öffentlichkeit und Medien, die andere Meinungen unterdrücken („Man wird doch noch sagen dürfen ...“), durch keinerlei Fakten belegte Sprüche über Armutszuwanderung („soziale Hängematte“) (s. oben), etc. ...
- ▶ Bei den Demonstrationen verwendet PEGIDA immer wieder den Slogan der Bürgerbewegung in den letzten Monaten der DDR „*Wir sind das Volk*“. Abgesehen von der absoluten Unverfrorenheit, gerade diesen Slogan zu instrumentalisieren, erfüllt er bei PEGIDA nur eine einzige Funktion – die der Ausgrenzung: Das Volk sind nur die „anständigen“ Deutschen, alle anderen, insbesondere Migranten, zählen nicht mehr dazu. Es droht durchaus die Gefahr, dass dieses Freund-Feind-Denken in immer mehr Köpfe – auch außerhalb rechtsradikalen Gedankenguts – einzieht.

Wer steht hinter PEGIDA?

- ▶ Der Initiator Lutz Bachmann ist mehrfach vorbestraft (Auftragseinbrüche im Rotlichtmilieu, in 16 Fällen wegen schweren Diebstahls angeklagt), wurde gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt, ist 1997 nach Südafrika geflüchtet, wurde dort 2000 ausgewiesen, hat zweieinhalb Jahre Haft in Dresden abgesessen, wurde später mit Kokain erwischt und zu einer weiteren Bewährungsstrafe verurteilt. Diese Tatsachen sind umso bemerkenswerter, da PEGIDA immer wieder ausdrücklich gegen angeblich „kriminelle“ Ausländer und Politiker agitiert, die kriminelle Vergangenheit ihres Chefor-

ganisators aber ohne weiteres toleriert.

- ▶ Teile der Anhänger von PEGIDA und ähnlichen Gruppierungen können dem rechten AfD-Flügel, der „Patriotischen Plattform“, zugeordnet werden. Ebenso gibt es inhaltliche Verbindungen zu Gruppierungen von „Hooligans gegen Salafisten“, die unter anderem Ende Oktober in Köln zu einer gewalttätigen Demonstration zusammengekommen waren. Zunehmend stoßen auch Rechtsradikale und Neonazis dazu. Ihr Anteil wird bei den letzten PEGIDA-Demonstrationen in Dresden auf ca. 1.000 geschätzt, von denen ein Teil wohl auch gezielt aus anderen Bundesländern angereist sind.

Wie schätzen Extremismus-Experten PEGIDA ein?

- ▶ Experten wie der Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke werfen PEGIDA „klassischen“ Rechtspopulismus vor. PEGIDA setze auf latent vorhandene Ängste der Bevölkerung, verdrehe Fakten und schüre Ressentiments. Dies könne mittelfristig zu einer breiteren rechtsextrem beeinflussten Bewegung anwachsen. Sicherheitskreise befürchten eine zunehmende rechtsextremistische Unterwanderung und damit einhergehende Radikalisierung von PEGIDA.

Wie können Politik und Gesellschaft mit PEGIDA umgehen?

- ▶ **Zwischen den PEGIDA-Organisatoren, Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und Neonazis einerseits - und Bürgerinnen und Bürgern, die sich von den Parolen angesprochen fühlen, andererseits differenzieren.** Nicht alle, die an den Demonstrationen teilnehmen, sind Rassisten. Viele der Demonstranten sind verunsichert und haben diffuse Zukunfts- und Abstiegsängste.

Gerade die SPD muss diese Ängste ernst nehmen, sich um ihre Sorgen und Nöte kümmern und Lösungen aufzeigen. Hierzu gehört vor allem auch, dass z. B. Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen (Einrichtung neuer Heime) frühzeitig öffentlich diskutiert werden und Bürgerinnen und Bürger transparent in Planung und Organisation einbezogen werden.

- ▶ **Populismus mit guten Argumenten bekämpfen.** Es ist Unsinn, dass das „Abendland“ kurz vor dem Untergang steht. Es stimmt nicht, dass Deutschland eine Islamisierung droht. Umgekehrt: Die allermeisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind gerade Opfer von gewalttätigen Islamisten in ihren Heimatländern. Der deutsche Rechtsstaat funktioniert: Er geht sowohl gegen Salafisten wie gegen Rechtsextremisten vor – wenn nötig auch mit aller Härte.

Politik, insbesondere sozialdemokratische Politik kümmert sich um die Probleme zunehmender Migration: Städte und Gemeinden werden bei der Bewältigung des Flüchtlingsandrangs nicht allein gelassen sondern finanziell unterstützt, Migranten erhalten umfangreiche Hilfen, zum Beispiel zum Erlernen der deutschen Sprache, ihre Arbeitsaufnahme wurde erleichtert. Die Migration aus sicheren Herkunftsstaaten (Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien) wurde erheblich verschärft – auch um mehr Menschen aus Bürgerkriegsgebieten aufnehmen zu können.

- ▶ **Den manipulativen PEGIDA-Parolen Fakten entgegensetzen.** Es ist wichtig, den Fragen und Problemen der Bürger nicht auszuweichen, sondern sie ehrlich zu beantworten – auch wenn dies oft nicht einfach ist. Dabei gilt der Grundsatz: Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass sie von der Politik ernst genommen werden.